

Petition für ein Bürgernahes Europa

Gegen die weitere Zentralisierung in der Europäischen Union und die Ablehnung der angedachten EU Verfassungsreform.

Inhalt

Teil 1 – Anlass des Videos.....	1
Teil 2 - Hintergrund: Euro und Euro-Krise.....	2
Teil 3 - Die aktuelle wirtschaftliche Lage der EU.....	2
Teil 4 - Die politische Lage der EU.....	3
Teil 5 - Transferbedarf.....	4
Teil 6 - Die deutschen Parteien im EP.....	5
Teil 7 - Die drei Papiere.....	5
1. Der Verhofstadt-Bericht.	6
2. Der Bresso-Brok-Bericht.....	7
3. Der Beres-Boege-Bericht bzw. die Resolution zur Euro-Zonen-Fiskalkapazitaet.....	7
Teil 8 - Zusammenfassung und Interpretation - Wo steht Europa?.....	8
Teil 9 - Buergernaehe und Medien.....	8
Teil 10 - Ist das noch Demokratie?.....	9
Teil 11 - Wie kann eine vernuenftige Organisation der EU aussehen?.....	10

Teil 1 – Anlass des Videos

Am 16. Februar 2017 wurden im Europäischen Parlament drei Papiere verabschiedet. Der Verhofstadt-Bericht, der sich mit der institutionellen Reform der EU beschäftigt, der Bresso-Brok-Bericht, der eine Neuinterpretation des Lissabon-Vertrages anstrebt und eine Resolution, die einen Euro-Zonen-Haushalt fordert. Diese basiert auf dem Beres-Böge-Bericht, der noch im Ausschuss bearbeitet wird.

Alle drei Papiere beschäftigen sich mit der zukünftigen Struktur und den Kompetenzen der EU. Sie sind ein wichtiges Signal fast der gesamten etablierten Parteien, diese EU fundamental zu verändern. Damit sind diese Berichte noch nicht rechtskräftig. Am Ende werden die nationalen Parlamente über diese Vorschläge entscheiden müssen. Sie als Bürger werden vielleicht schon in diesem Jahr, sicher aber in den nächsten 2-3 Jahren mit diesen grundlegenden Fragen unserer gesellschaftlichen Organisation konfrontiert werden und Sie können dann auch Einfluss ausüben. Mit ihrer Stimme, mit Briefen an Abgeordnete oder andere gesellschaftliche Entscheidungsträger und im Gespräch mit Familie, Freunden und Arbeitskollegen, oder mit unserer Petition, die wir zeitgleich mit diesen Videos online stellen.

Warum kommen diese Initiativen so schnell? Der EU und insbesondere der Euro-Zone ist es in fast zehn Jahren nicht gelungen, die Euro-Krise zu überwinden. Griechenland und Italien stehen akut kurz vor dem Abgrund. Die EU möchte in dieser Legislaturperiode des Europäischen Parlamentes die vielleicht letzte Chance nutzen, die Euro-Zone und

vermutlich sich selbst zu erhalten. Die EU als Ganzes steht aufgrund falscher Grundsatzentscheidungen in den letzten Jahren auf dem Spiel. Angesichts der Volksabstimmung zum Brexit und der Wahl Trumps zum Präsidenten der USA sieht man in Brüssel die reelle Gefahr, dass einige Staaten die Euro-Zone oder die EU verlassen könnten. Damit wären diese beiden Systeme in ihrer Existenz bedroht.

Ich möchte Ihnen hier und heute einen ersten Eindruck davon vermitteln, warum die Situation so dramatisch ist, was hier auf europäischer Ebene geplant wird, welche Gründe für diese Verfassungsänderungen in Anspruch genommen werden und was ich davon halte. Ich habe dazu eine Serie von 11 kurzen Videos aufgenommen.

Teil 2 - Hintergrund: Euro und Euro-Krise

Die letzte große Änderung der europäischen Verfassung war der Vertrag von Lissabon im Jahr 2007. Der Vertrag von Lissabon war, verglichen etwa mit dem Vertrag von Maastricht, eher unspektakulär. 2007 war die europäische Welt scheinbar noch in Ordnung. Jenseits des Atlantiks, in den USA, begann 2007 die Finanzkrise. Hier waren große Blasen insbesondere am Immobilienmarkt geplatzt und bedrohten sowohl Banken als auch Immobilienbesitzer in ihrer Existenz. Die Krise betraf auch in großem Masse europäische Banken und griff auf Europa über. Mit etwas Verzögerung wurde dann klar, dass es insbesondere in Südeuropa ebenfalls gewaltige Fehlinvestitionen gab. Schuldig waren viele: private Anleger, die mit Immobilien schnelles Geld machen wollten, gierige Banken, eine Europäische Zentralbank, die ihre Politik an den schwächsten Mitgliedern ausrichtet und aufgrund dieser Rücksichtnahme die konjunkturelle Überhitzung in Südeuropa nicht unterbinden konnte oder wollte, und südeuropäische Politiker, die bei der sich abzeichnenden Baublast nicht regulierend eingeschritten waren. In 2009/10 mündete diese Entwicklung in die Eurokrise, die dann ihren Höhepunkt im Sommer 2012 erreichte.

Diese Krise ist bis heute nicht überwunden. In Südeuropa, beispielsweise in Italien, haben wir heute eine verlorene Generation. Junge Menschen haben kaum Aussicht auf gute Arbeitsplätze, können keine Familien gründen und leben oft lange bei ihren Eltern. Die Verzweiflung und politische Frustration ist groß. Viele gut ausgebildete junge Menschen verlassen Südeuropa. Für eine wirklich grundlegende Erholung der Wirtschaft gibt es kaum Anzeichen.

Teil 3 - Die aktuelle wirtschaftliche Lage der EU

Die EU und die Euro-Zone sind einst angetreten, um eine der dynamischsten und reichsten Wirtschaftsregionen der Erde zu werden. Zwanzig Jahre nach der Euro-Einführung ist dieser Traum auf geradezu absurde Weise in sein Gegenteil verkehrt. Die Eurozone ist über die letzten zwanzig Jahre gesehen mit Abstand die schwächste Wachstumsregion der Erde.

[Schaubild wird von Volker vorbereitet]

Sogar gegenüber anderen Europäischen Ländern wie der Schweiz oder Norwegen ist man zurückgefallen und auch in der EU steht die Eurozone noch einmal schlechter da als die nicht-Euro-Länder.

Die EU hat insbesondere die Krise der letzten Jahre nicht überwinden können. Die Länder des Südens sind hauptsächlich betroffen. Italien und Griechenland hatten schon vor ihrem Euro-Beitritt Schuldenberge angehäuft, die die Beitrittskriterien von Maastricht weit

überstiegen. Um der Währungsunion beitreten zu können, wurden politische Ausnahmen gemacht. In den Folgejahren, die etwa für Griechenland oder Italien gute Zeiten waren, hat man lieber die Sozialausgaben erhöht als die Staatsverschuldung abzubauen. Als die Finanzkrise ausbrach, waren diese Länder nicht mehr in der Lage, ihre Bankensektoren aufzuräumen; zumindest nicht, ohne die Defizitkriterien der Eurozone massiv zu verletzen.

Die Last der maroden Banken liegt wie ein Mühlstein um den Hals mehrerer Staaten. Die faulen Kredite betragen nach Schätzungen etwa in Italien 350 Mrd. Euro. Gleichzeitig hat Griechenland 190% Staatsverschuldung, Italien und Portugal liegen bei rund 134%. Bei solchen Größenordnungen können Zinsschwankungen schnell zum Ruin führen. Zum Vergleich: Bei der Einführung des Euro wurde beschlossen, dass die maximale Staatsverschuldung eines Euro-Landes 60% betragen darf.

Die Industrie dieser Länder kann mit Deutschland nicht konkurrieren. Deutschlands überdimensionierter Exportsektor wächst und die überregulierten und finanziell unterversorgten Unternehmen dort haben große Wettbewerbsnachteile. Allein Spanien ist eine Ausnahme, aber auch Spanien wächst hauptsächlich dadurch, dass es Arbeitsplätze aus Nachbarländern wie Italien und Frankreich durch Niedriglöhne absaugt. Der europäische Innovations- und Investitionsmotor ist durch die Fehlinvestitionen von Anlagekapital im Euro-System, durch allgemeine Technologiefeindlichkeit und Überregulierung zum Erliegen gekommen.

Teil 4 - Die politische Lage der EU

Viele Menschen insbesondere in Südeuropa sind abgehängt und machen oftmals die EU bzw. die sogenannte Austeritätspolitik im Euro-System für ihre Probleme verantwortlich. Die Vertreter der EU sehen die Schuld eher bei den Nationalstaaten, die ihre Wirtschaftspolitik nicht ausreichend reformieren. Die EU bzw. die Euro-Zone versucht über zwei Maßnahmen, die Lage zu verbessern.

1. Mario Draghi kauft mit seiner EZB gewaltige Mengen teils zweifelhafter Wertpapiere auf, und drückt so die Zinsen in der Eurozone. Schuldner werden so ent- und Gläubiger belastet.
2. Die Kommission und das Europäische Parlament versuchen seit 2011, im Rahmen des sogenannten „Europäischen Semesters“, die Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten zu beeinflussen und wachstumsfreundlicher zu gestalten. Im Europäischen Semester wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mitgliedsländer untersucht und es werden Reformvorschläge gemacht, die schwächeren Mitgliedsstaaten Anregungen geben sollen. Die Umsetzung dieser Reformen ist freiwillig, weil wichtige Bereiche, wie beispielsweise die Arbeitsgesetzgebung, in nationaler Verantwortung sind.

Die EU ist mit der Umsetzung der Reformen vielfach nicht zufrieden. Die Nationalstaaten nutzen die durch die EZB gekaufte Zeit nicht ausreichend. Das kürzlich gescheiterte italienische Verfassungsreferendum ist hierfür ebenfalls ein gutes Beispiel.

An einer anderen, sehr bedeutsamen Stelle können weder die EU noch die EZB die Lage wirklich verbessern. Weil viele Staaten die Defizitkriterien der Euro-Zone verletzen, fehlt ihnen Geld, um ihre maroden Bankensysteme aufzuräumen. Viele Banken in Südeuropa haben große Mengen fauler Kredite in ihren Bilanzen. Diesen Banken fehlt inzwischen das Eigenkapital welches gebraucht wird, um beispielsweise Industriekredite zu vergeben. Aber wenn ein Land wie Portugal oder Italien seine Banken deutlich entlasten wollte, würde die Staatsverschuldung völlig außer Kontrolle geraten.

Es gibt wohl nur zwei realistische Auswege: Entweder Deutschland und andere Nordeuropäer übernehmen die Rechnung oder man lässt Banken bankrott gehen. So ein Bankrott schwächt aber zumindest kurzfristig die wirtschaftlichen Perspektiven und ist auch für Politiker ein beruflicher Selbstmord. Aus Angst um Stimmenverluste haben die Krisenstaaten außerdem lieber ihre Investitionen zurückgefahren als die Sozialausgaben. Dringend nötige Wachstumsimpulse gehen so verloren.

Im EP habe ich persönlich nach dem Brexit bereits bemerkt, dass viele Südeuropäer von der EU jetzt grünes Licht für ein Ende der Reformen und eine Erhöhung der Sozialausgaben erwarten, damit nicht weitere Länder austreten. Die EU steht deshalb vor einem Dilemma. Entweder kommt es in Südeuropa, beispielsweise in Frankreich oder Italien, früher oder später zu einer Revolte gegen EU und Eurosystem oder man findet Wege, die Probleme dieser Länder mit nordeuropäischem Geld zu lösen.

Diesen Weg, die Rettung der Südländer und der gesamten EU und der Eurozone mit dem Geld der Deutschen, Holländer, Österreicher und anderer nicht-bankrotter Länder will man jetzt gehen. Zu diesem Zweck wurden die drei Papiere im Europäischen Parlament verabschiedet. Sie werden als nächstes vom europäischen Rat bearbeitet und sollen dann bereits Anfang März 2017 in Rom vorgestellt werden. Die Geschwindigkeit dieser Umsetzung und das Fehlen einer wirklichen Debatte darüber empfinde ich als höchst problematisch.

Teil 5 - Transferbedarf

Die EU und ihre Entscheidungsträger sind aus ihrer eigenen Sicht nicht ausreichend in der Lage, in die Nationalstaaten hineinzuregieren. Sie möchten nun folgende Lösung anbieten:

1. Der Geldbedarf Südeuropas soll durch nordeuropäisches, insbesondere deutsches Geld, gedeckt werden. Man möchte große neue Transfermechanismen errichten, die einem EU-weiten Länderfinanzausgleich ähneln.
2. Die EU möchte die Wirtschaftspolitik der Länder bestimmen, deren nationale Bemühungen hier als unzureichend angesehen werden. Ein europäischer Wirtschafts- und Finanzminister soll in diese Länder hineinregieren dürfen.
3. So soll Südeuropa wieder auf die Beine kommen und Deutschland bekommt Bürgschaften vom einzigen großen Land, das noch kreditwürdig ist: Von Deutschland selbst. Wir haften sozusagen selbst für unsere Außenstände.

So könnte Deutschland auch weiter exportieren, nur müsste der deutsche Steuerzahler diese Exporte auch gleich selbst bezahlen. Wir reden also von einem gewaltigen Export-Subventionsmodell zu Lasten des Steuerzahler, so einer Art Perpetuum Mobile der EU. Für internationale Anleger, die an der Börse gewaltige Anteile der deutschen Exportindustrie besitzen, wäre das eine gute Lösung. Für den deutschen Steuerzahler wäre es ein Alptraum.

Bisher scheut man sich, Zahlen zu nennen. In vorbereitenden Unterlagen zum Beres-Böge-Bericht finden sich Zahlen, die zwischen 2,5-10% Prozent des BIP als Brutto-Zahlung an die EU liegen. 2,5% Prozent wären aktuell rund 75 Mrd. Euro pro Jahr. Wieviel davon nach Deutschland zurückfließen würde, wäre eine politische Entscheidung. In jedem Falle möchte die EU diese Steuersätze gerne selber festlegen können. Man wird also vermutlich klein anfangen, um niemanden abzuschrecken, und dann die Dosis steigern.

Und beachten Sie bitte: Diese 75 Milliarden müssten zusätzlich zu den knapp 30 Milliarden für den regulären EU-Haushalt vom deutschen Steuerzahler übernommen werden. Damit würde Deutschland endgültig zum Zahlmeister, ja zur Melkkuh Europas werden!

Im Verhofstadt-Bericht wird zudem die Forderung aufgestellt, das bisher verwendete Konzept des „angemessenen Mittelrückflusses“ abzuschaffen. Das bedeutet im Klartext, dass die Geberländer in Zukunft weit weniger Geld zurückbekommen sollen als bisher. Die EU soll eine Umverteilungsmaschine werden. Außerdem könnte die EU über die Auslegung dieses Konzeptes fast beliebig Druck auf die Nationalstaaten ausüben und diese erpressen. Jede nationale Regierung könnte so gefügig gemacht werden.

Teil 6 - Die deutschen Parteien im EP

Die drei Papiere wurden von fast allen deutschen Abgeordneten im EP mitgetragen. Zwei CDU-Abgeordnete, Reimer Böge und Elmar Brok, waren zentral beteiligt, diese Papiere zu erstellen. Das Bresso-Brok-Papier trägt dementsprechend auch den Namen der Verfasser.

Auch die CSU trägt die Zentralisierung Europas mit. Um Stimmen für die Wahl des christdemokratischen-Kandidaten Tajani zu bekommen hat der Vorsitzende der EVP, CSU-Mann Weber, mit dem Vorsitzenden der ALDE-Fraktion, den sogenannten Liberalen einen Handel gemacht. Er hat die ALDE-Stimmen für Tajani bekommen und garantiert im Gegenzug die Unterstützung der EVP für das Reformpapier von Guy Verhofstadt. Zusammen mit Verhofstadt hat er am 4. Februar beim Focus und eine Woche später bei Focus Online einen Artikel veröffentlicht, der für diese Reform wirbt.

Wie sich die FDP entschieden hat, ist zum Zeitpunkt dieser Aufnahme noch nicht klar. Die FDP fordert zwar öffentlich Entlastungen für deutsche Steuerzahler, aber ist durchaus bereit, auch größere Milliardenbeträge zu vergeuden. Wir erinnern uns: Die FDP hat, als sie noch im Bundestag saß, die Griechenland-Rettungspakete I und II mitgetragen. Deutschland hat das, über die Beteiligung an den Paketen selbst, über den ESM und den IWF, mindestens 65 Mrd. Euro gekostet. Diese Gelder dürften weitgehend verloren sein - Griechenland steht aktuell wieder vor der Zahlungsunfähigkeit. Die FDP ist im EP Teil der ALDE-Gruppe von Herrn Verhofstadt, der Deutschland mit neuen EU-Steuern und Transferzahlungen belasten will.

Die SPD unterstützt alle drei Papiere. Martin Schulz, der Kanzlerkandidat der SPD, hat sich bei einer Veranstaltung am 7. September im EP im letzten Jahr in Brüssel für EU-eigene Steuern und eine größere Rolle der EU bei der Erhebung dieser Steuern ausgesprochen. Außerdem sagte er: „Es gibt in der EU so viele großartige Projekte, aber es fehlt am Geld“.

Teil 7 - Die drei Papiere

Die drei Papiere sind sehr unterschiedlich und nicht leicht verständlich. Ich möchte sie kurz zusammenfassen:

1. Der Verhofstadt-Bericht.

Als Guy Verhofstadt im letzten Sommer seinen Vorschlag für eine Reform Europas eingereicht hat, war dieses Papier klar strukturiert und verständlich. Es war die Blaupause für einen zentralisierten EU-Staat. Herr Verhofstadt gilt hier in Brüssel als der glühendste

Fan einer zentralistischen EU und auch wenn man mit ihm nicht übereinstimmt muss man ihm zugestehen, dass er auch in der Öffentlichkeit fast immer klar zu diesem Anliegen steht. Seitdem ist das Papier aber durch den Ausschuss des Parlamentes gegangen und wurde hier verändert. Zum einen wurde es etwas abgeschwächt und zum anderen wurden Inhalte besser versteckt. Die meisten Politiker hier wissen, wie schwer die Forderungen wie etwa die weitere Entmachtung der Nationalstaaten zugunsten bürokratisch verfasster EU-Institutionen dem Wähler zu vermitteln sind. Wenn Inhalte schwerer verständlich sind gibt es einfach weniger Ärger zu Hause. Trotzdem enthält es Vorschläge, die die EU fundamental verändern sollen.

Der Verhofstadt-Bericht fordert u.a.:

1. Die Einführung eines europäischen Finanzministers, der makroökonomische, haushalts- und geldpolitische Instrumente in einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik kombinieren dürfen soll. Moment mal - Geldpolitik? Geldpolitik ist Sache der EZB, nicht politischer Entscheidungsträger. Hier soll die gesetzlich festgeschriebene Unabhängigkeit der EZB endgültig untergraben werden.

2. Die EU soll in die Lage versetzt werden, neue Behörden und Instrumente einzurichten. Dazu braucht man große, die EU verwendet die Formulierung „ehrgeizige“, Eigenmittel. Deshalb soll die EU zur Kreditaufnahme ermächtigt und EU-eigene Steuern eingeführt werden. Die Steuersätze sollen in Zukunft per qualifiziertem Mehrheitsbeschluss bestimmt werden. Welche Stimmenanteile erforderlich sein sollen, ist nicht klar, entsprechend dem Text könnte es sich beispielsweise um einfache Mehrheiten handeln.

3. Bisher wurde durch das Konzept des „angemessenen Mittelrückflusses“ sichergestellt, dass die EU einen Großteil der Gelder wieder in den Staaten ausgeben muss, aus denen die Mittel kommen. Dieses Konzept soll gestrichen werden, um mehr internationale Transfers zu ermöglichen, Geberländer stärker zu belasten und die Macht der EU-Organe zu erhöhen, die Nationalstaaten unter Druck zu setzen.

4. Die Änderung der europäischen Verträge soll in Zukunft per Mehrheit von 4/5 der Mitgliedstaaten möglich werden.

5. Das EP soll das Initiativrecht im Gesetzgebungsprozess bekommen. Gleichzeitig soll die Macht der Nationalstaaten im europäischen Rat beschnitten werden und sie sollen nur noch dafür zuständig sein, die Richtung der Politik vorzugeben. Die Kommission dagegen soll in ihrer Macht bestärkt und zu einer europäischen Regierung ausgebaut werden.

6. Die Bankenunion soll kommen. Damit ist die Nutzung der deutschen Einlagensicherungsfonds zur Sanierung ausländischer Banken vorgesehen.

Entsprechend dieser Vorschläge könnte die EU beispielsweise Schulden aufnehmen und diese Gelder nach Belieben verwenden.

2. Der Bresso-Brok-Bericht.

Die EU hat sich entschlossen, eine zweigleisige Strategie zu fahren. Zunächst möchte man die Europäischen Verträge ändern. Diese Ideen stehen im Verhofstadt-Bericht. Bis zur Umsetzung soll der Bresso-Brok-Bericht offiziell in der kurzen und mittleren Frist innerhalb der bestehenden Verträge Lösungen finden. Es ist aber wahrscheinlicher, dass er als Rückfallposition gedacht ist, wenn die Verfassungsänderung scheitern sollte. Der Bresso-Brok-Bericht scheitert aber bereits daran, dass es kaum Interpretationsspielraum gibt. Bereits heute hat man die Möglichkeiten der Verträge weitgehend ausgeschöpft. Nur

einzelne Forderungen, wie die Erhöhung der Eigenmittel der EU wären ohne Vertragsänderung umsetzbar.

Der Bericht ist deshalb nicht ganz so wichtig – aber er ist aus anderen Gründen interessant zu lesen. Weil das Europäische Parlament auf Basis der Lissabon-Verträge keinen Spielraum finden konnte, hat man diesen Bericht einfach mit Wünschen und Forderungen vollgeschrieben. Der Bericht zeigt, was das Parlament wirklich möchte. So finden sich Forderungen:

1. die Souveränität der Mitgliedsstaaten zu beschneiden,
2. das Europäische Parlament zur Aufsicht über das Europäische Währungsgebiet zu machen,
3. den sehr zentralistischen EUGH zu stärken,
4. EU-Steuern einzuführen,
5. in die Arbeits- und Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten hineinregieren zu können,
6. die bereits heute kaum noch relevanten Stabilitätskriterien des Euro-Systems unter die Aufsicht von Kommission und EP zu stellen, die diese dann nach Belieben interpretieren dürften.
7. zusätzlich soll das Europäische Parlament die Interpretationshoheit über die Subsidiarität erhalten

Es ist eine Orgie des Wunschdenkens eines sehr zentralistischen und umverteilungsorientierten Parlamentes. Wer diesen Bericht liest fragt sich wirklich, ob diesem Parlament mehr Macht gegeben werden sollte. Glücklicherweise sind wir aber noch nicht so weit. Aktüß sollten wir diesen Bresso-Brok-Bericht eher als eine Mischung von Verzweiflung und Wunschdenken abtun.

3. Der Beres-Böge-Bericht bzw. die Resolution zur Euro-Zonen-Fiskalkapazität

Das Wort Fiskalkapazität bedeutet nichts anderes als Haushalt. Es geht also um einen gemeinsamen Staatshaushalt für die Eurozone. Das Wort Fiskalkapazität wurde gewählt, um diesen Zusammenhang zu verschleiern.

Im Europäischen Parlament wurde diese Initiative zunächst unter dem Namen Beres-Böge-Bericht bearbeitet. Inhaltlich konnte im zuständigen Ausschuss aber kein gemeinsamer Text erstellt werden. Die sozialistische französische Verhandlungsführerin Beres wollte große Gelder aus Nordeuropa bereitstellen, aber gleichzeitig keine Regeln für die Haushalte der Nationalstaaten akzeptieren. Bei einer Veranstaltung im EP hat sie klipp und klar gesagt: „es gibt in der Eurozone sowieso schon zu viele Regeln“. Sie zeigt so die französische Position auf: Man möchte mehr (deutsches) Geld aber keine Einmischung aus Brüssel, wie mit diesem Geld umzugehen ist. Auch das Zitat „Wer in Frankreich öffentlich das Wort Strukturreformen in den Mund nimmt, ist innerhalb einer Minute politisch tot“ stammt von ihr.

Weil die im Verhofstadt-Bericht angedachten Verfassungsänderungen aber ohne große Transfers und einen gemeinsamen Haushalt nicht funktionieren, haben die großen Fraktionen des Parlamentes den Beres-Böge-Bericht zunächst verschoben und sich auf eine Resolution geeinigt. In dieser Absichtserklärung stehen zwar keine Zahlen, aber sie spiegelt den klaren Willen der großen Koalition der sogenannten pro-Europäer wieder, sich auf

Euro-Steuern, Verschuldungsmöglichkeiten der EU, einen EU-Finanzminister und andere Schritte der Zentralisierung und Vergemeinschaftung zu einigen.

Teil 8 - Zusammenfassung und Interpretation - Wo steht Europa?

Den etablierten politischen Parteien, die ja alle selbsternannte pro-Europäer sind, ist es mit dem Euro nicht gelungen Europa zusammenzuführen und wirtschaftlich erfolgreicher zu machen. Es ist vielmehr das Gegenteil eingetreten: Der Euro hat Europa massiv beschädigt und droht die EU zu zerstören. Helmut Kohls Glaube, dass der Euro die europäische Integration beschleunigen würde, wurde in sein Gegenteil verkehrt. Dieser Euro funktioniert weder für Deutschland, noch für die meisten Staaten Nordeuropas oder gar für Europas Süden.

Anstatt den Euro kontrolliert aufzulösen bzw. nicht Euro-kompatiblen Staaten ihre nationale Währung zurückzugeben, wollen die Brüsseler Eliten nun die Probleme mit Transfers überdecken. Die starken Länder sollen also die schwachen über Wasser halten, ähnlich wie im deutschen Länderfinanzausgleich. Theoretisch mag das funktionieren, aber die reale Welt sieht anders aus. Politiker, die Transfers erhalten, geben diese gerne für Soziales aus und kaufen sich so Stimmen. Denken Sie nur an Berlin. An wirtschaftlichen Reformen haben sie meist weniger Interesse, weil Reformen oft Stimmen kosten. Fragen Sie doch einmal Gerhard Schröder, der zwar die wirtschaftliche Trendwende in Deutschland erreicht, aber seine Kanzlerschaft verloren hat.

Damit in den Empfängerländern vernünftige Politik gemacht wird, muss also eine Kontrolle her. Die EU hat daran gedacht und will die Politik der Mitgliedsländer in Brüssel gestalten. Der aktuelle Vorschlag zur EU-Reform ist also nichts anderes als der Weg in den Zentralstaat. Die Nationalstaaten sollen zu Provinzen degradiert werden.

Teil 9 - Bürgernähe und Medien

Ich möchte Ihnen gerne ein kurzes Video nahelegen. Es ist ein Ausschnitt der Rede von Elmar Brok, der am 14.2. in der Tagesschau gesendet wurde. Die Tagesschau hat als einzige der vier Hauptnachrichtensendungen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks das Thema überhaupt erwähnt. Kritische Stimmen gab es leider nicht.

<http://www.tagesschau.de/multimedia/sendung/ts-18381.html>

Wir hätten das Video auch gerne eingebunden, aber die Tagesschau hat uns das verwehrt mit der Begründung, man würde keine parteipolitischen Vorhaben unterstützen. Diese Information finde ich überraschend weil insbesondere der öRR normalerweise der Bundesregierung als Sprachrohr dient.

Wie sie hören, soll die EU transparenter und verständlicher werden. Und mit der folgenden Einblendung möchte ich Ihnen einen Artikel des Verhofstadt-Berichtes zeigen:

„...ist der Ansicht, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus – unbeschadet der Aufgaben des Europäischen Systems der Zentralbanken – in die Lage versetzt werden muss, als erster Kreditgeber letzter Instanz für Finanzinstitute aufzutreten, die unmittelbar der Aufsicht oder der Kontrolle der Europäischen Zentralbank unterliegen; hält es außerdem für geboten, dass der Europäischen Zentralbank dieselben umfassenden Befugnisse wie einer Notenbank übertragen werden und ihre Unabhängigkeit gewahrt bleibt;...“

Ich vermute, dass die meisten von Ihnen Schwierigkeiten haben, diesen Inhalt zu verstehen. Was bedeutet das? Wir haben gestern von einem Experten eine längere Antwort erhalten. Einen Ausschnitt sehen Sie hier:

„...ESM-Rolle als ERSTER Kreditgeber letzter Instanz bedeutet m.E. Hilfe an insolvente Banken und die Vergemeinschaftung der Risiken. Interpretiert werden kann die Forderung auch als Aufhebung der Haftungskaskade bei der Rekapitalisierung oder Abwicklung einer Bank, in der der ESM am Ende (nach Eigentümern und Gläubigern) steht. Es könnte auch bedeuten, den ESM zur bad bank zu machen und die notleidenden Kredite der Banken auf den ESM zu verlagern...“

Insbesondere der letzte Satz könnte ganz schnell interessant werden. Ebenfalls am 14.2. war ein wichtiges Interview im Handelsblatt. Interviewt wurde der italienische Chef der Europäischen Bankaufsichtsbehörde, Andrea Enria. Er hat festgestellt, dass es in Europa aktuell über eine Billion, also 1000 Milliarden Euro an faulen Krediten in den Bankbilanzen gibt. Diese sind in Südeuropa, insbesondere in Griechenland und Italien, konzentriert. In diesem Interview hat Herr Enria gefordert, eine europäische „bad Bank“ zu gründen, um diese Kreditrisiken in der Eurozone zu vergemeinschaften.

Der vorher genannte Artikel 27 ist geeignet, dafür die rechtliche Basis zu sein. Wer von Ihnen hätte das gewusst? Wohl die wenigsten. Die meisten Menschen haben wenn überhaupt nur Elmar Brok in der Tagesschau gesehen. Sie haben es ja gehört: Die EU soll transparenter und besser verständlich werden.

Teil 10 - Ist das noch Demokratie?

An dieser Stelle muss ich philosophisch werden: wollen wir wirklich solch ein Europa? Einen aus Brüssel zentral gesteuerten Kontinent? Bitte bedenken Sie, Brüssel müsste im Zweifel nicht nur in die Nationalstaaten hineinregieren sondern auch in Provinzen oder Kommunen. Das, was aus meiner Sicht Europa ausmacht, ein vielfältiges Gemisch aus Kulturen und Ideen, würde vereinheitlicht und letztlich verschwinden. Das Prinzip der Subsidiarität, wonach jeweils die niedrigste Ebene, die ein Problem zu lösen imstande ist, auch mit dem Problem betraut wird, wäre Geschichte. Nach den Vorschlägen des Bresso-Brok-Berichtes dürfte das EP, also die höchste Ebene, auch darüber entscheiden, was subsidiär zu regeln ist und was nicht. Ist das noch Europa?

Sind die Pläne der EU demokratisch? Vielleicht kennen Sie den Satz „no taxation without representation“. Auf deutsch: „Keine Besteuerung ohne Repräsentation“. Es war ein wichtiger Leitsatz der Revolutionäre beim Aufstand gegen die Briten und im folgenden amerikanischen Unabhängigkeitskrieg. Bisher hatte die EU keine eigenen Steuermittel. Ihr wird ein Betrag zugewiesen, der bei rund 1% BIP liegt.

Wenn nun die EU das Recht erhält, Steuern zu erheben und diese Mittel innerhalb der EU umzuverteilen, ist dann das Prinzip der „degressiven Proportionalität“, nach der das Europäische Parlament gewählt wird, noch akzeptabel?

Akttüll werden die großen Länder nach diesem Prinzip benachteiligt. Je kleiner ein Land ist, desto mehr Sitze bekommt es anteilig an seiner Bevölkerung. Malta beispielsweise hat einen Abgeordneten im EP für jeweils rund 69.000 Einwohner. Deutschland hat einen Abgeordneten pro 852.000 Einwohner. Insgesamt hat Deutschland 96 Abgeordnete bei 82 Millionen Einwohnern. Griechenland, Zypern, Malta, Italien und Portugal haben zusammen

83,4 Millionen Einwohner, also eine vergleichbare Größe. Zusammen verfügen sie über 129 Sitze im Europäischen Parlament. Das bedeutet, dass eine Koalition von Ländern, die nur 1,4 Millionen Einwohner mehr haben als Deutschland, 34 mehr Sitze im Parlament hat. Nach dem Plan der EU könnten demnächst also Minderheiten über die Besteuerung von Mehrheiten und die Verwendung des Geldes bestimmen.

Die sogenannten pro-Europäer wollen außerdem die meisten bisher gemeinsam geregelten Bereiche der Politik auf die europäische Ebene holen. Eine Zustimmung der Nationalstaaten soll nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Die Entscheidungsbefugnisse des Europäischen Gerichtshofes sollen ausgeweitet werden. Der EUGH ist für seine zentralistische, geltendes Recht außer Acht lassende, Rechtsprechung berüchtigt.

Pause

[Einblendung Graphik]

Hier sehen sie ein grobes Schema der aktuellen EU. Welcher Bürger versteht diese EU noch? Ich arbeite seit 2,5 Jahren als Abgeordnete in Brüssel und ich verstehe nach wie vor nur einen Teil dieser Verknüpfungen. Und jetzt fordern die sogenannten pro-Europäer im Verhofstadt-Bericht, neue wirksame, also finanzkräftige, europäische Instrumente und Kapazitäten zu schaffen. Diese EU soll also zentralistischer werden und noch komplizierter. Ist es wirklich noch Demokratie, wenn die Bürger diese wichtigen Zusammenhänge nicht mehr verstehen können? Wie sollen sie bei ihrer Wahl noch eine vernünftige Entscheidung treffen?

Die Gefahr besteht, dass Europa in Zukunft von einer kleinen Kaste von Apparatschiks regiert wird, die als einzige noch die Mechanismen verstehen.

Teil 11 - Wie kann eine vernünftige Organisation der EU aussehen?

Dass die Europäische Union neu organisiert werden muss, steht auch für mich außer Frage. Diese EU, und auch das Euro-System, wurden nicht vernünftig aufgebaut im Hinblick auf Eigenverantwortung, demokratische Kontrolle usw. Sie wurde von einer Generation aufgebaut, die noch das Kriegstrauma in sich trug und Europa aus ideologischen Gründen vereinen wollte. Europa sollte zunächst politisch vereinigt werden und dann wirtschaftlich und kulturell zusammenfinden. Diese Überwindung historisch gewachsener politischer und gesellschaftlicher Ansichten, Ideen und Leistungsfähigkeit oder Bereitschaft hat sich als nicht realistisch erwiesen.

Der aktuelle Ansatz der EU führt also genau in die falsche Richtung. Es wäre besser, das Euro-System aufzulösen und zu unterschiedlichen Währungen und nationaler geldpolitischer Eigenverantwortung zurückzukehren. Dann kann jedes Land die Wirtschaftspolitik durchführen, die es sich mit seinen eigenen Mitteln leisten kann. Leistung wird dann wieder belohnt und es wird keine zentrale Kontrolle mehr benötigt. Sie sehen ja heute, dass die Brüsseler Politik sich gar nicht mehr traut, den Bürgern reinen Wein einzuschenken. Glauben Sie, dass man den Eurozonen-Haushalt sonst „Fiskalkapazität“ genannt hätte? Die selbsternannten Eliten hier glauben, dass sie besser über das Wohl der Bürger entscheiden können als bürgernahe Parlamente und sie glauben, dass sie besser mit dem Geld der Menschen umgehen können als diese selbst.

Die Menschen in vielen Teilen Europas wollen ihren eigenen Lebensstil bewahren. Wir sollten diesen Wunsch respektieren und Europa weniger an Zentralismus, Gleichschaltung und Zwang ausrichten, sondern vielmehr an Eigenverantwortung, Kreativität und freiwilliger Kooperation.

Kooperation in der EU kann auch freiwillig stattfinden. In meinem EU-Reformpapier, welches ich im letzten Sommer veröffentlicht habe, habe ich dargelegt, wie Kooperation in vielen einzelnen Politikfeldern organisiert werden kann. Die europäische Kommission wäre dann nicht Wirtschaftsregierung, sondern ausführende Behörde freiwillig kooperierender Staaten. Bürgernähe, Verantwortung und demokratische Kontrolle würden gestärkt.

Das Siechtum der EU und der Euro-Zone geht jetzt schon viel zu lange. Bitte engagieren Sie sich persönlich, damit dieses gescheiterte zentralistische Experiment abgebrochen und eine Europäische Union errichtet werden kann, die sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Menschen, der europäischen Völker und Kulturen orientiert und ganz besonders an ihrer Kreativität und ihren Ideen.

Unser Papier zur EU-Reform finden Sie zum Herunterladen auf meiner Webseite.